

Dienstag

MUSIK

Andere Töne

Basskonzert

Musikschule Uri
ALTDORF, Aula Hagen, 18.30–19.30

Klassik

Preisträgerkonzert mit dem Trio Eclipse

Klarinetten trio «Beethoven meets Nino Rota»; www.ticketcenter-uri.ch
ANDERMATT, Kirche St. Peter und Paul, 19.30

SPORT UND SPIEL

Plauschjassen

Jeden Dienstag, 14–16
ALTDORF, Kolpinghaus

Regierung will noch abwarten

Betreuung Am 25. Februar 2016 reichte Landrätin Claudia Gisler (CVP, Bürglen) im Namen der CVP-Fraktion eine Interpellation zur Unterstützung und Wertschätzung betreuender und pflegender Angehöriger ein.

Physische und psychische Belastung, finanzielle Sorgen, das Gefühl von alleingelassen und unverstanden zu sein, liessen betreuende und pflegende Angehörige an ihre Grenzen stossen. Laut Claudia Gisler sollen sie spüren, dass ihre Arbeit nicht nur von den Angehörigen geschätzt, sondern auch von der Politik und Gesellschaft getragen wird. Der Regierungsrat hat in einer Antwort auf die Interpellation Stellung genommen.

Kanton und Gemeinden arbeiten zusammen

Laut der Regierung würde es einige Institutionen im Kanton Uri geben, die schnell und unkompliziert eine Hilfestellung und Beratung bieten. Zudem seien auch die Sozialdienste der Gemeinden über die bestehenden Unterstützungs- und Entlastungsangebote informiert (Spitex-Leistungen, Tagesheim, Mahlzeitendienst usw.), so die Regierung. Die Förderung von Massnahmen zur Entlastung von pflegenden Angehörigen sei eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden.

Ob und welche zusätzliche Massnahmen die Gemeinden ergreifen werden, zeige sich im Rahmen des vom Urner Gemeindeverbands lancierten und zurzeit in Bearbeitung stehenden Projekts «Zukunft Alter in Uri».

Keine sofortigen Massnahmen beschliessen

Vor rund vier Jahren kam der Regierungsrat in der Beantwortung eines Postulats zum Schluss, dass in Uri das bestehende Dienstleistungsangebot sowie allfällige finanzielle Entschädigungen für pflegende Angehörige im Moment ausreichend, zweckmässig und bedürfnisgerecht seien. Diese Einschätzung teilt der Regierungsrat auch heute noch. Laut der Regierung drängen sich in Uri zurzeit keine unmittelbaren Massnahmen auf. Dennoch laufen im Kanton Uri mehrere wichtige Projekte, die einen positiven Einfluss auf das künftige Angebot haben können, wie beispielsweise das Projekt «Zukunft Alter in Uri». Der Regierungsrat will aufgrund der Ergebnisse der laufenden Arbeiten beurteilen, ob seitens des Kantons Massnahmen zu treffen sind, um die Rahmenbedingungen für betreuende und pflegende Angehörige zu optimieren. (pz)

An Eigenverantwortung appelliert

Altdorf Junglenker haben statistisch ein erhöhtes Unfallrisiko. Um Urner Berufsschüler zu sensibilisieren, nutzt die Stiftung Road Cross Schweiz auch drastische Beispiele.

Franziska Herger

franziska.herger@urzeitung.ch

Ein Fingerschnippen. So lange, 0,6 Sekunden, dauert es, bis zwei Menschen tot sind. Ein Auffahrunfall, keiner der Insassen ist angeschnallt. Zum Glück ist es nur eine Animation, welche die Berufsschüler im zweiten Lehrjahr am vergangenen Donnerstag in Altdorf zu sehen bekamen. Mit über 400 Veranstaltungen jährlich will die Stiftung Road Cross Schweiz Unfälle von Junglenkern verhindern. Moderator Armin Heller schnippt nochmals mit den Fingern. «Daran könnt ihr jetzt immer denken, wenn ihr in den Ausgang fahrt», sagt er. Für einmal ist es ruhig im Saal.

Identifikation durch wahre Geschichten

Noch ein bisschen stiller wird es nach der wahren Geschichte eines Geschwisterpaars, das vom Ausgang nach Hause fuhr. Der Bruder sass am Steuer, betrunken. Den folgenden Unfall überlebte er unverletzt, seine jüngere Schwester starb. «Was glaubt ihr,

war danach in dieser Familie los», fragt Heller in die Runde. Eine Antwort erübrigt sich.

Ziemlich drastische Beispiele, die den 17- bis 18-jährigen Berufsschülern da vorgesetzt werden. Das hat seinen Grund, sagt Heller: «Je näher eine Geschichte den Jugendlichen geht, desto eher können sie sich damit identifizieren. Der erhobene Zeigefinger bringt gar nichts.» Das bestätigt auch Elvis Bissig, Allgemeinbildungslehrer am Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri: «Die Jugendlichen sind in einem Alter, wo sie selber Verantwortung übernehmen müssen.»

Schulden, Jobverlust und Invalidität drohen

So ist die Kampagne von Road Cross Schweiz betont antiautoritär. Unter dem Motto «Du entscheidest» will sie jungen Erwachsenen die nötigen Informationen geben, damit der richtige Entscheid im Strassenverkehr leichter fällt.

Warum setzt die Prävention vor allem bei den Jungen an? «Junglenker haben statistisch ein

deutlich höheres Risiko, einen schweren Unfall zu verursachen», so Stefan Krähenbühl, Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Road Cross. Besondere Probleme sind dabei Ablenkung, etwa durch das Handy, und überhöhte Geschwindigkeit.

Die Folgen eines selbst verursachten Verkehrsunfalls werden den Berufsschülern schnell klar. In einem interaktiven Film können sie selber entscheiden, ob sie mit der hübschen Nina bekliffen Auto fahren möchten. «Was passiert, wenn ihr jetzt einen Unfall baut?», fragt Heller. «Dann steht Nina nicht mehr auf mich», tönt es aus der grösstenteils männlichen Runde, begleitet von Gelächern. Doch Heller will auf Gravierendes hinaus: «Die rechtlichen Konsequenzen wären noch euer kleinstes Problem.» Es drohen hohe Schulden, Jobverlust, Invalidität. Ein Film über einen jungen Raser, der bei einem schweren Unfall 37 Knochenbrüche davontrug und nie wieder richtig gehen wird, macht grossen Eindruck. «Das ist mir ziem-

lich eingefahren», sagt der 17-jährige Sven Bissig. Yara Schläpfer, ebenfalls 17, wird vor allem die Animation des Unfalls ohne Sicherheitsgurte im Gedächtnis bleiben: «In Zukunft schnalle ich mich sicher immer an.»

Massiv weniger Verkehrstote

Dass die Prävention Wirkung zeigt, davon ist Stefan Krähenbühl überzeugt. «Durch die Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer, die technische Entwicklung der Fahrzeuge und Anpassungen im Strassenverkehrsgesetz ist die Unfallrate enorm gesunken.» Das gilt auch bei Junglenkern. Während 1980 noch 290 Menschen durch Unfälle starben, die von jungen Erwachsenen verursacht wurden, waren es 2015 nur noch 35. Armin Heller steht auch hinter den in Uri zeitweise umstrittenen Neulenkernkursen. «Natürlich sind nicht alle Jungen für die Informationen empfänglich. Aber für mich gilt: Wenn ich nur einen Jugendlichen dazu bewegen kann, sich richtig zu verhalten, ist mein Job getan.»

«Der erhobene Zeigefinger bringt bei den Jungen gar nichts.»



Armin Heller
Moderator Road Cross Schweiz

Jetzt regt sich Widerstand gegen JSVP-Initiative

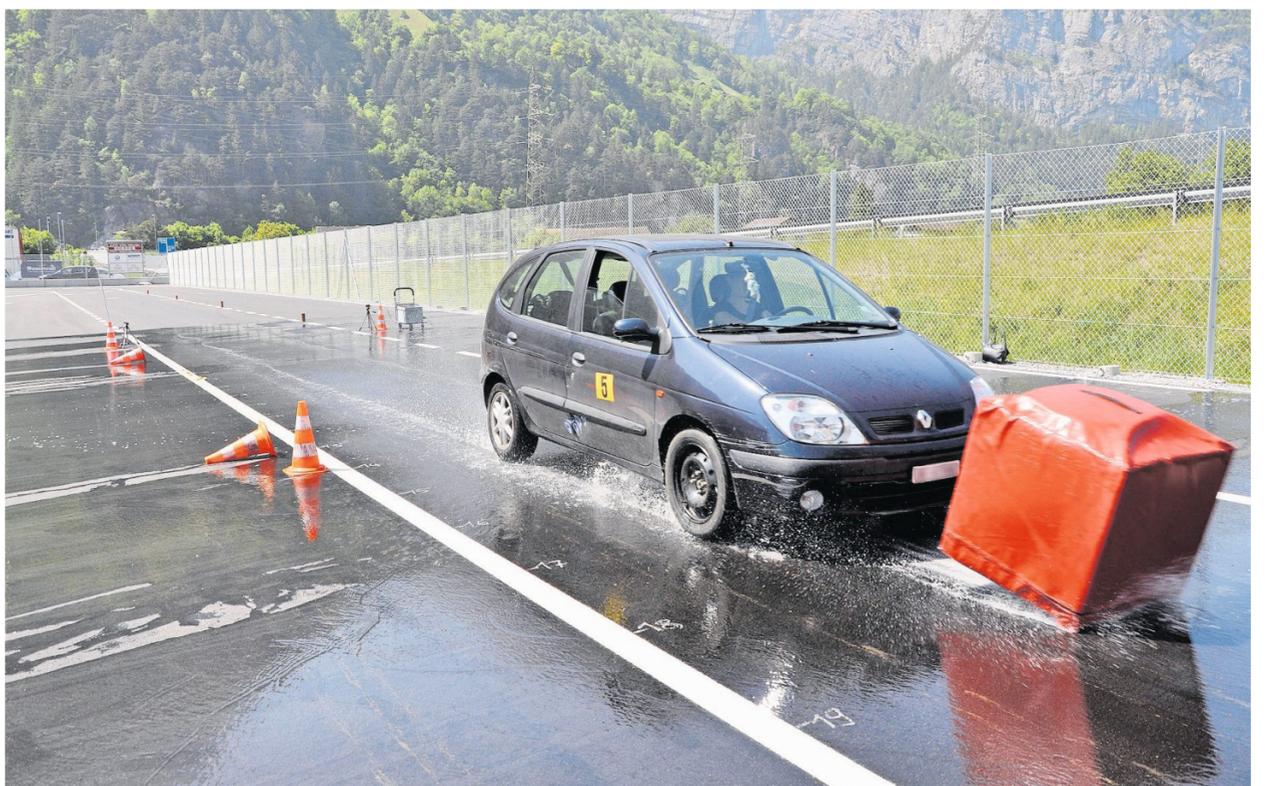
WAB-Kurse Die Abschaffung der Neulenkernkurse ist für ein überparteiliches Komitee ein falscher und gefährlicher Schritt. Es wirbt deshalb für ein Nein zur Standesinitiative der Jungen SVP Uri.

Die Junge SVP Uri setzt sich mit einer Standesinitiative für die Abschaffung der Neulenkernkurse ein. Nun hat sich Widerstand gebildet: Das überparteiliche Komitee «Nein zur Standesinitiative der JSVP» meldet sich mit einer Medienmitteilung zu Wort – und bringt unter anderem Zahlen vor, die der Standesinitiative zu Grunde liegen.

Rund die Hälfte aller Neulenkern sei in den ersten Jahren in einen Unfall verwickelt. Seit 2005 und der Einführung der obligatorischen Neulenkernkurse, dem Fahrausweis auf Probe und weiterer Sicherheitsmassnahmen habe die Zahl der Unfälle bei Neulenkern aber markant gesenkt werden können. Und allein zwischen 2011 und 2016 sei die Zahl der Unfälle bei Neulenkern um weitere 18 Prozent zurückgegangen. «Trotz dieser eindrücklichen Zahlen» wolle die JSVP Uri nun mit einer Standesinitiative erreichen, dass sich der Kanton für die Abschaffung der obligatorischen Neulenkernkurse einsetzt. «Ein völlig falsches und gefährliches Signal, zumal der Nutzen der Kurse sich in einem Rückgang der Unfallzahlen zeigt», wird Claudia Schuler, CVP-Landrätin und Präsidentin des Komitees «Nein zur Standesinitiative der JSVP», zitiert.

Neulenkernkurse bringen Sicherheitsgewinn

«Die Neulenkernkurse verbessern die Verkehrssicherheit, indem sie den Neulenkerninnen und Neulenkern zusätzliches Wissen und zusätzliche Fahrerfahrung ermöglichen.» Dazu gehören unter anderem Bremsmanöver auf gesperrter Piste. «Solche Dinge lassen sich in der Fahrschule nur schwer lernen. Sie sind aber wertvoll, um Unfälle zu verhindern.»



Szenen aus einem Kurs für die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Bild: PD

Nicht alle Unfälle seien zudem auf eine schwere Widerhandlung gegen das Strassenverkehrsgesetz zurückzuführen. Meist gehe es um fehlende Erfahrung oder fehlendes Wissen um das Fahrverhalten. Die Neulenkernkurse würden deshalb nicht auf Bestrafung setzen, sondern auf Weiterbildung. «Es ist wenig sinnvoll, auf einen Unfall zu warten, um dann ein besseres Fahrverhalten zu fördern, wie das die JSVP fordert», wie Schuler zitiert wird.

Sowohl National- wie auch Ständerat hätten sich vor vier Jahren mit dem genau gleichen Anliegen auseinandergesetzt wie

die Standesinitiative. Das Parlament habe das Ansinnen aber abgelehnt. Im Ständerat sei der Entscheid gar einstimmig ausgefallen. Auch die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) sowie das Astra hätten die Neulenkernkurse als sinnvolle Präventionsmassnahme bezeichnet. Gleichzeitig seien Verbesserungen angeregt worden. Seit 2014 würden deshalb sowohl die Inhalte wie auch der zeitliche Rahmen der Neulenkernkurse überprüft. Ein entsprechendes neues Massnahmenpaket gehe demnächst in die Vernehmlassung. «Die Standesinitiative kommt also viel zu spät

und greift ein Anliegen auf, das beim Bund schon längst auf der Aufgabenliste steht», so Schuler weiter. «Eine komplette Abschaffung der Kurse ist deshalb eine völlig überrissene Forderung, die völlig übers Ziel hinausschiesst. Sie wird in Bern keine Chancen haben.»

Regierung und Landrat sagen Nein

Das Komitee «Nein zur Standesinitiative der JSVP» werde sich in den kommenden Wochen aktiv in den Abstimmungskampf einbringen. «Es ist wichtig, dass sich die Urnerinnen und Urner nicht

von den einseitigen Behauptungen der JSVP blenden lassen», so Schuler. «Die Neulenkernkurse sind ein unverzichtbarer Teil des Gesamtpakets, welches die Unfallzahlen deutlich gesenkt hat.» Eine Abschaffung gefährdet nicht nur die Wertschöpfung, welche dank der Ausbildungsplätze und der rund 3000 Kursteilnehmenden pro Jahr in Uri generiert wird. Sie bedrohe auch mehrere Urner Arbeitsplätze. «Sowohl der Urner Regierungsrat wie auch eine deutliche Mehrheit des Landrates empfehlen deshalb dem Volk, die Standesinitiative der JSVP abzulehnen. (red)